

Kompetenz in Prävention

Der Landespräventionsrat Niedersachsen

Susanne Wolter

Als eigenständiges Beratungsorgan der Landesregierung sowie örtlicher Gremien und Einrichtungen hat der Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR) auch über die Landesgrenzen hinaus die Diskussion über Prävention geprägt und deren Entwicklung und Etablierung aktiv mitgestaltet. Der LPR bearbeitet eine Reihe von Themen und hält entsprechende Angebote für Kommunen vor. Aktuell legt der LPR einen inhaltlichen Schwerpunkt auf die Bereiche Prävention von Rechtsextremismus, salafistische Radikalisierung und Islamfeindlichkeit.

Selbstverständnis und Ziele

Kriminalprävention ist das aktive Zusammenwirken vieler gesellschaftlicher Kräfte mit dem Ziel, Straftaten vorzubeugen. Um die Kommunen bei ihrer Präventionsarbeit zu unterstützen, Fachleute in ganz Niedersachsen miteinander zu vernetzen und die Haltung der gesamtgesellschaftlichen Prävention zu fördern, wurde 1995 der Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR) per Kabinettsbeschluss gegründet. Seine übergeordneten Ziele liegen in der Reduzierung des Kriminalitätsaufkommens und der Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen (Abb. 1).

Organisationsstruktur

Die Geschäftsstelle des LPR im Niedersächsischen Justizministerium entwickelt Konzepte und koordiniert Maßnahmen, die zur Zielerreichung notwendig sind und stimmt sich hierbei mit dem Vorstand des LPR ab, der die rund 260 Mitgliedsorganisationen vertritt (Abb. 2). Neben den kommunalen Präventionsgremien sind in der Mitgliederversammlung landesweit tätige Verbände und Institutionen sowie Ministerien, nachgeordnete Behörden und wissenschaftliche Einrichtungen vertreten. Nach der konstituierenden Sitzung im Jahr 1996 nahm der LPR zunächst in der Zuständigkeit des Niedersächsischen Innenministeriums seine Arbeit auf. Im Jahr 2001 ging die Federführung auf das Justizministerium über. Die Geschäftsstelle wird seit 2002 von Geschäftsführer Erich Marks und Stellvertreterin Su-

sanne Wolter geleitet. Ehrenamtliche Vorsitzende des LPR ist seit 2010 Prof. Dr. jur. Ute Haas, Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften.

Arbeitsschwerpunkte

Die Arbeit des Landespräventionsrates Niedersachsen schließt eine Fülle von Aufgaben ein, die neun Arbeitsbereichen zugeordnet sind (Abb. 3).

Kommunale Kriminalprävention

Die Stärkung der kommunalen Kriminalprävention ist die wichtigste Zielsetzung des LPR. Der Arbeitsbereich Kommunale Kriminalprävention

koordiniert alle Aktivitäten, die diesem Ziel dienen. Dazu zählen vor allem:

- Inhaltliche Vor- und Nachbereitung von Beratungsprozessen kommunaler Präventionsgremien (auch in Abstimmung mit anderen Arbeitsbereichen).
- Planung und Organisation von Veranstaltungen, v. a. der Niedersächsischen Präventionstag sowie die Veranstaltungsreihe „Professionalisierung kommunaler Alkoholprävention“.
- Umsetzung der Richtlinie zur Förderung kriminalpräventiver Projekte.
- Vorbereitung von Fortbildungsveranstaltungen zu einschlägigen Themen der kommunalen Präventionsarbeit.
- Koordinierung der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen (www.sipa-niedersachsen.de).

Koordinierungsstelle „Häusliche Gewalt“

Niedersachsen hat mit dem Aktionsplan III zur Bekämpfung häuslicher Gewalt in Partnerschaften ein Gesamtkonzept geschaffen, mit dem In-

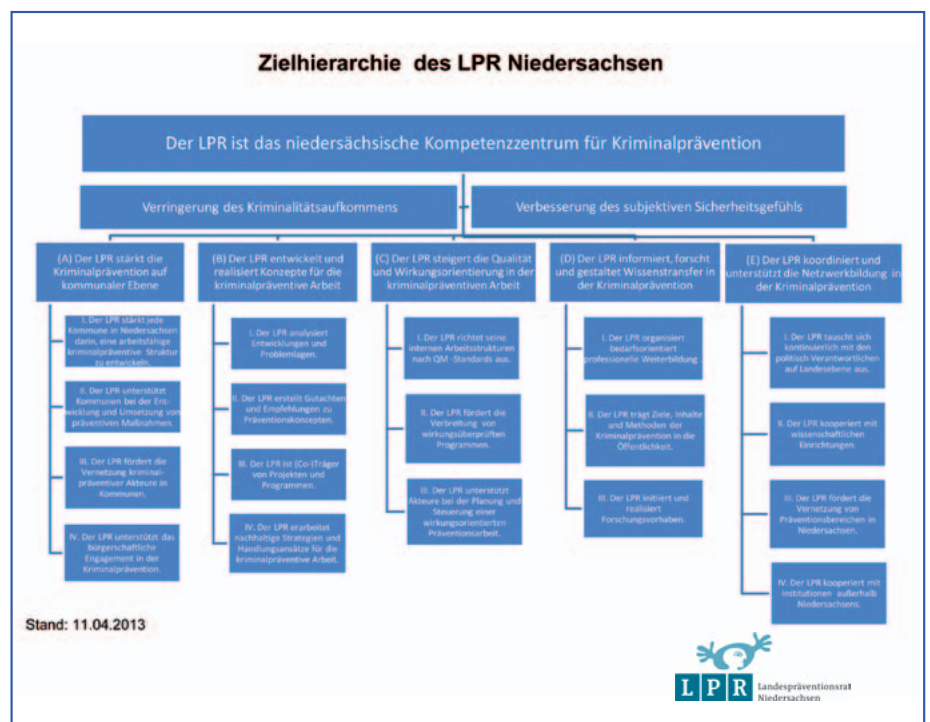


Abb. 1: Zielhierarchie

Intervention und Prävention ressortübergreifend organisiert werden. Die Koordinierungsstelle „Häusliche Gewalt“ im LPR unterstützt Netzwerke und Fachkräfte in Polizei, Justiz, Beratungsstellen, Jugendhilfe und Gesundheitswesen bei der Entwicklung und Verstärkung der Interventions- und Präventionsarbeit vor Ort. Im Rahmen der Umsetzung des Aktionsplans veranstaltet der LPR jährlich eine interdisziplinäre Fachtagung. Unter dem Titel „Betrifft: Häusliche Gewalt“ werden hier aktuelle Themen und Fragestellungen zur Intervention und Prävention bei Gewalt in Beziehungen aufgegriffen und mit Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis diskutiert.

Koordinierungsstelle „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Menschenrechte“

Mit Beschluss vom 20. Juni 2016 hat die Niedersächsische Landesregierung das „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Menschenrechte“ verabschiedet. Mit dem Landesprogramm sollen die vielfältigen landesweiten Maßnahmen in diesem Bereich gebündelt und weiterentwickelt werden. Eine begleitende wissenschaftliche Evaluation wird die kontinuierliche qualitative Optimierung der niedersächsischen Projekte und Aktivitäten unterstützen. Ein wesentlicher Bestandteil zur Umsetzung des Landesprogramms ist die noch im Aufbau befindliche Koordinierungsstelle beim LPR (www.lpr.niedersachsen.de/nano.cms/koordinierungsstelle-lan

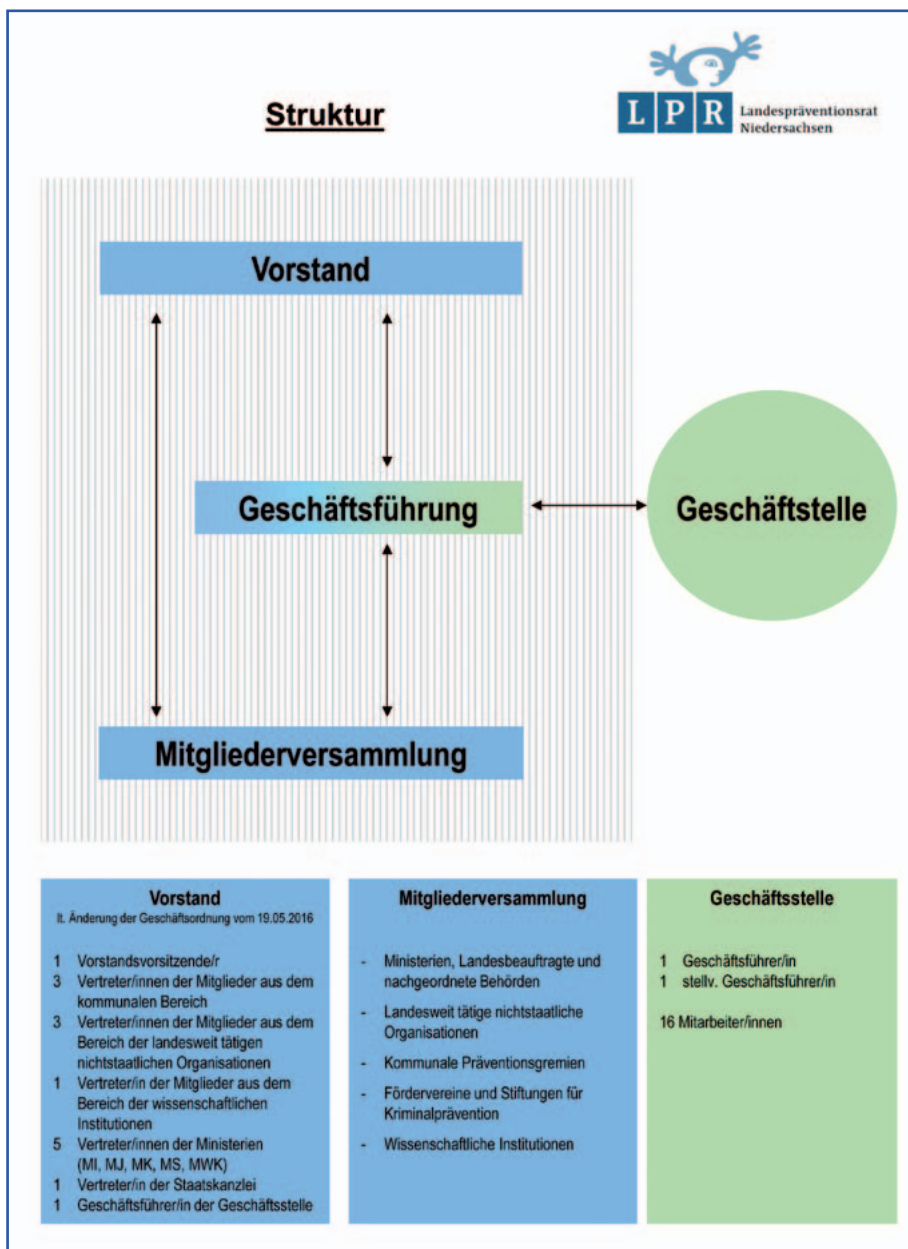


Abb. 2: Organisationsstruktur

Landespräventionsrat Niedersachsen

Gründungsjahr: 1995

Vorstand: Prof. Dr. Ute Haas

Geschäftsleitung:
Erich Marks, Susanne Wolter

Geschäftsstelle:
Am Waterlooplatz 5 A,
30169 Hannover
(ab 1. Oktober: Siebstraße 4,
30171 Hannover)

Telefon: 05 11/1 20-52 55

Fax: 05 11/1 20-52 72

E-Mail: info@lpr.niedersachsen.de

Homepage:
www.lpr.niedersachsen.de



Abb. 3: Arbeitsschwerpunkte



Landespräventionsrat Niedersachsen

desprogramm-gegen-rechtsextremismus), deren Aufgaben die professionelle Netzwerksteuerung, die Impulsgebung, Öffentlichkeitsarbeit sowie die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure sein werden.

Fachstelle Opferschutz

Opfer von Straftaten haben das Recht auf Information, Schutz und Hilfe. Diese Rechte gelten nach der Opferschutzrichtlinie 2012/29 in der gesamten EU. Für Niedersachsen sind die darin festgelegten Mindeststandards in der Opferschutzkonzeption der Landesregierung konkretisiert, die die Fachstelle Opferschutz (FOS) in folgenden Arbeitsfeldern umsetzt:

- **Information, Beratung und Hilfe:** Die FOS betreibt die landeseinheitliche Internetpräsenz www.opferschutz-niedersachsen.de, und vermittelt Materialien.
- **Schutz und Begleitung:** Der Ausbau des flächendeckenden Angebots psychosozialer Prozessbegleitung und des Trauma-Netzwerks wird unterstützt.
- **Beteiligung und Partizipation:** Die flächendeckende Einrichtung der verfahrensunabhängigen Beweissicherung (Netzwerk ProBeweis) wird begleitet.
- **Täter-Opfer-Ausgleich:** Maßnahmen zur Wiedergutmachung und zum Ausgleich der Folgen der Straftat werden geprüft und weiterentwickelt.
- **Zugang zum Recht, Forschung und Prävention:** Opferschutz wird als Thema regional im Flächenland Niedersachsen implementiert und bekannt gemacht.

Prävention von Rechtsextremismus

Der Arbeitsschwerpunkt „Prävention von Rechtsextremismus“ zielt darauf ab, ziviles Engagement, demokra-

tisches Verhalten und den Einsatz für Vielfalt und Toleranz in Niedersachsen zu fördern. Hierzu werden u. a. ein Bundes- und ein Landesprogramm umgesetzt. Beide ermöglichen ein umfassendes Informations-, Aufklärungs- und Hilfsangebot (Prävention und Intervention) für z. B. Kommunen, Schulen, Vereine, Verbände in Niedersachsen. Der Arbeitsbereich umfasst derzeit insbesondere

- Umsetzung des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“.
- Landesprogramm PARC – Prävention durch Aufklärung gegen Rechtsextremismus und für Courage.
- Programm AussteigerhilfeRechts. Beraten – Begleiten – Unterstützen (www.aussteigerhilferechts.de).

Prävention von salafistischer Radikalisierung und Islamfeindlichkeit

Seit dem 1. Oktober 2015 bietet der Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ein Unterstützungsangebot für die Prävention von salafistischer Radikalisierung und Islamfeindlichkeit an. Das Angebot richtet sich insbesondere an kommunale Präventionsräte, Akteure der kommunalen Verwaltungsstrukturen und die kommunale Zivilgesellschaft. Es soll dazu beitragen, salafistische Radikalisierungsprozesse zu verhindern und Islamfeindlichkeit zu reduzieren. Die Ziele des Arbeitsbereichs bestehen darin,

- für die Phänomene Salafismus und Islamfeindlichkeit zu sensibilisieren,
- den Wissenstransfer aus der Forschung in die Praxis zu fördern,
- alle themenrelevanten Akteure zu vernetzen,
- die Handlungsoptionen von Kommunen und kommunaler Zivilgesellschaft zu erweitern sowie

- vorhandene Kompetenzen und Expertisen in den Kommunen zu nutzen und mit weiterem Praxiswissen und weiteren Akteuren zu verknüpfen.

Prävention nach Maß – CTC in Niedersachsen

„Communities That Care – CTC“ (www.ctc-info.de) ist eine Methode, die Kommunen zur Planung und Steuerung ihrer Präventionsarbeit einsetzen können. Mit der Anwendung von CTC können Kommunen ihre Präventionsaktivitäten im Bereich der sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zielgenauer, wirksamer und im Erfolg überprüfbarer umsetzen. Das Angebot des LPR zu CTC umfasst:

- Beratung und Unterstützung für Kommunen in Niedersachsen zu CTC,
- Einführung von CTC durch die LPR-Förderrichtlinie,
- Grüne Liste Prävention (www.gruene-liste-praevention.de),
- Niedersächsisches Präventionsmonitoring: landesweite Befragung mit dem CTC – Schülersurvey (www.unihildesheim.de/bibliothek/publizieren/open-access-universitaetsverlag/verlagsprogramm/ausser-der-reihe/communities-that-care),
- CTC-Europa-Netzwerk (www.ctc-network.eu).

Beccaria-Qualitätsinitiative

Im dynamischen Feld der Kriminalprävention stellt sich zwangsläufig die Frage nach Qualität und Kompetenz, z. B. wie stelle ich die Qualität eigener Projekte sicher? Wo hole ich mir passende und fachlich kompetente Unterstützung? Wie erwerbe ich die hierfür erforderlichen Qualifikationen? Hier setzt die Beccaria-Qualitätsinitiative an, die für Qualitätsentwicklung und Qualifizierung steht. Gegenstände der Qualitätsinitiative sind u. a.:

- Das seit 2008 im jährlichen Turnus angebotene Beccaria-Qualifizierungsprogramm zur Fachkraft Kriminalprävention (www.beccaria.de).
- Praxisnahe Instrumente und Handwerkszeug für ein effektives Präventionsmanagement, z. B. die in 19 Sprachen vorliegenden Beccaria-Standards zur Qualitätssicherung kriminalpräventiver Projekte und der 7-Schritte-Flyer (www.beccaria-standards.net).
- Das englischsprachige Beccaria-Fachportal zu kriminologischen und kriminalpräventiven Themen (www.beccaria-portal.org).

Kooperationen und Netzwerke

Eine gute Vernetzung auf kommunaler sowie auf Landesebene ist Merkmal der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention in Niedersachsen. Der LPR sucht gezielt die Kooperation und den Austausch mit allen Akteuren der Kriminalprävention. Er unterhält intensive Kontakte zu Organisationen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Aufgaben der Arbeitsgruppe sind:

- Fachliche Begleitung aller Kooperationsprojekte des LPR,
- Integration national und international gesammelter Erfahrungen,
- Information über Ziele und Projekte des LPR auf nationaler und internationaler Ebene,
- Koordination von Beteiligungen des LPR an Projekten und Programmen verschiedener nationaler und internationaler Partner,
- Akquise von Drittmitteln auf nationaler und internationaler Ebene,
- Erörterung projektübergreifender Fragestellungen und präventionsrelevanter aktueller Entwicklungen.

Fazit

Der LPR Niedersachsen sieht sich – wie andere Präventionsgremien auch – derzeit sehr stark mit der Frage konfrontiert, wie eine ursachenbezogene Prävention von Rechtsextremismus, salafistischer Radikalisierung sowie Islamfeindlichkeit gestaltet werden kann. Insbesondere zum Thema „salafistische Radikalisierung“ melden die Kommunen derzeit einen hohen Bedarf an Information und Fortbildung. Das Niedersächsische Landes-Demokratiezentrum im LPR hat daher ein Fortbildungskonzept entwickelt, welches von den Städten und Gemeinden bereits intensiv nachgefragt wird. Bei einer ursachenorientierten Prävention spielt auch die Frage nach Risiko- und Schutzfaktoren im Leben junger Menschen eine wesentliche Rolle. Das Niedersächsische Präventionsmonitoring mit dem CTC-Schülersurvey bietet Kommunen künftig eine Referenz für eigene Erhebungen und gibt Hinweise, wo Präventionsmaßnahmen ansetzen sollten. Bei der Auswahl ge-

eigneter Präventionsmaßnahmen hilft die Programm-Datenbank „Grüne Liste Prävention“. Diese wird in den kommenden Jahren fortentwickelt und um weitere Programme ergänzt.

Susanne Wolter ist stellvertretende Geschäftsführerin des LPR Niedersachsen.
Kontakt: susanne.wolter@mj.niedersachsen.de

Landespräventionsgremien im Blickpunkt

Als Beratungs- und Schnittstelle innerhalb der kommunalen Kriminalprävention gibt es in den Bundesländern seit vielen Jahren übergeordnete Gremien, die auf Landesebene die Präventionsarbeit in den Städten und Gemeinden begleiten, dokumentieren und unterstützen. Organisationsstruktur, Zielpriorisierung und Arbeitsweise sind dabei sehr unterschiedlich. In den nächsten Ausgaben stellen sich weitere Landesgremien vor.